

Fernsehansprache von Bundeskanzler Willy Brandt aus Warschau, 7. Dezember 1970

Meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Ich bin mir bewusst: Dies ist eine schwere Reise. Für eine friedliche Zukunft wird sie von Bedeutung sein. Der Vertrag von Warschau soll einen Schlusstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit. Er soll eine Brücke schlagen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern. Er soll den Weg dafür öffnen, dass getrennte Familien wieder zusammenfinden können. Und dass Grenzen weniger trennen als bisher.

Und trotzdem: Dieser Vertrag konnte nur nach ernster Gewissensforschung unterschrieben werden. Wir haben uns nicht leichten Herzens hierzu entschieden. Zu sehr sind wir geprägt von Erinnerungen und gezeichnet von zerstörten Hoffnungen, aber guten Gewissens. Denn wir sind überzeugt, dass Spannungen abgebaut, Verträge über Gewaltverzicht befolgt, die Beziehungen verbessert und die geeigneten Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müssen, um zu einer europäischen Friedensordnung zu gelangen.

Dabei muss man von dem ausgehen, was ist; was geworden ist, auch in Bezug auf die Westgrenze Polens. Niemand hat uns zu dieser Einsicht gezwungen. Wir sind mündig geworden. Es geht um den Beweis unserer Reife und um den Mut, die Wirklichkeit zu erkennen.

Was ich im August Ihnen aus Moskau gesagt habe, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, gilt auch für den Vertrag mit Polen: Er gibt nichts preis, was nicht längst verspielt worden ist. Verspielt nicht von uns, die wir in der Bundesrepublik Deutschland politische Verantwortung tragen und getragen haben. Sondern verspielt von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus.

Wir dürfen nicht vergessen, dass dem polnischen Volk nach 1939 das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen. Dieses Unrecht ist nicht ohne Folgen geblieben.

Großes Leid traf auch unser Volk, vor allem unsere ostdeutschen Landsleute. Wir müssen gerecht sein: Das schwerste Opfer haben jene gebracht, deren Väter, Söhne oder Brüder ihr Leben verloren haben. Aber nach ihnen hat am bittersten für den Krieg bezahlt, wer seine Heimat verlassen musste. Ich lehne Legenden

ab, deutsche wie polnische. Die Geschichte des deutschen Ostens lässt sich nicht willkürlich umschreiben.

Unsere polnischen Gesprächspartner wissen, was ich Ihnen zu Hause auch noch einmal in aller Klarheit sagen möchte: Dieser Vertrag bedeutet nicht, dass wir Unrecht anerkennen oder Gewalttaten rechtfertigen. Er bedeutet nicht, dass wir Vertreibungen nachträglich legitimieren.

Ressentiments verletzen den Respekt vor der Trauer um das Verlorene – verloren „in Schmerzen, Krieg und Ach, in unerschöpften Tränen“, wie es der Schlesier Andreas Gryphius am Ende des Dreißigjährigen Krieges sagte. Niemand kann sich dieser Trauer entziehen, uns schmerzt das Verlorene. Und das leidgeprüfte polnische Volk wird unseren Schmerz respektieren.

Namen wie Auschwitz werden beide Völker noch lange begleiten und uns daran erinnern, dass die Hölle auf Erden möglich ist; wir haben sie erlebt. Aber gerade diese Erfahrung zwingt uns, die Aufgaben der Zukunft entschlossen anzupacken. Die Flucht vor der Wirklichkeit schafft gefährliche Illusionen. Ich sage: Das Ja zu diesem Vertrag, zur Aussöhnung, zum Frieden, ist ein Bekenntnis zur deutschen Gesamtgeschichte.

Ein klares Geschichtsbewusstsein duldet keine unerfüllbaren Ansprüche. Es duldet auch nicht jene geheimen Vorbehalte, vor denen der Ostpreuße Immanuel Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ gewarnt hat.

Wir müssen unseren Blick in die Zukunft richten und die Moral als politische Kraft erkennen. Wir müssen die Kette des Unrechts durchbrechen. Indem wir dies tun, betreiben wir keine Politik des Verzichts, sondern eine Politik der Vernunft.

Der Vertrag zwischen Polen und uns – ein Vertrag, wie er amtlich heißt, über die Grundlagen der Normalisierung der gemeinsamen Beziehungen – ersetzt keinen formellen Friedensvertrag. Er berührt nicht die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes. Er setzt frühere vertragliche Verpflichtungen weder der einen noch der anderen Seite außer Kraft.

Ich unterstreiche dies ausdrücklich, denn es bleibt natürlich dabei, dass unsere aktive Mitwirkung in den Westeuropäischen Gemeinschaften und unsere fest verankerte Stellung im Atlantischen Bündnis die Grundlage bilden, von der aus wir uns um ein neues, besseres Verhältnis zu den osteuropäischen Völkern bemühen. Erst aus diesem Gesamtzusammenhang wird klar, was dieser Vertrag für den Frieden bedeutet, für die geteilte deutsche Nation und für ein geeintes Europa. Ein Europa, das nicht durch Deklamationen, sondern nur durch zielbewusste Arbeit geschaffen werden kann.

Nichts ist heute wichtiger als die Herstellung eines gesicherten Friedens. Dazu gibt es keine Alternative. Frieden ist nicht möglich ohne europäische Solidarität. Alles, was uns diesem Ziel näher bringt, ist ein guter Dienst an unserem Volk und vor allem ein Dienst für die, die nach uns kommen.